

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn d



## Inhalt

Klaus Matthiesen, Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, sieht in der Frage des Kernkraftwerks Brokdorf die Zukunft der SPD auf dem Spiel.

Seite 1/2

Hermann Scheer MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, fordert die Ablehnung der Neutronenwaffe im nationalen Interesse.

Seite 3

Dr. Uwe Jens MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, ruft zum sofortigen Ausbau der Fernwärme auf.

Seite 4/5

### Dokumentation

Der Berliner Senat beschließt ein differenziertes Konzept zur Behebung der Wohnungsnotstände.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 24

4. Februar 1981

Es gibt keine Lust am Untergang

Brokdorf ist keine Frage der Aufmüpfigkeit gegen den Kanzler

Von Klaus Matthiesen MdB

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein

Nach dem klaren Votum des Hamburger Parteitags sind die energiepolitischen Fronten in Norddeutschland klar. Die Sozialdemokraten in Bremen, Hamburg, im Bezirk Hannover und Schleswig-Holstein sagen Nein zu Brokdorf. Für die Energiepolitik der 90er Jahre soll gelten, was Sozialdemokraten nach langer kritischer und aufreibender Diskussion in Berlin vereinbart haben: Die Option, auf Kernenergie verzichtet zu können, praktisch zu öffnen (Verzicht auf Brokdorf), ohne die Option Kernenergie zu nutzen (Inbetriebnahme Brunsbüttel und Krümmel 1983) aufzugeben.

Stoltenberg und die Betreiber von Brokdorf stehen nun allein da, wenn die Bundesregierung bei ihrer Verantwortung bleibt: Im Rahmen des Energieprogramms Vorgaben, und zwar mengenmäßige Vorgaben über die künftig notwendige Kraftwerkskapazität zu machen und im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren beim Bau von KKW's die sicherheitsrelevanten Fragen zu prüfen.



Dies war bis vor einer Woche die jahrelang wiederholte Haltung der Bundesregierung nicht nur zu Brokdorf.

Sollte die Bundesregierung auch nach der Hamburger Entscheidung bei ihrer neuen Position bleiben, Stoltenberg politisch und praktisch beim Bau von Brokdorf zu stützen, haben der Bundeskanzler und die Sozialdemokraten in der Regierung die politische Verantwortung für die parteipolitischen Folgen. Denn Brokdorf ist nicht eine Frage der "Aufmüpfigkeit" linker Sozialdemokraten gegen den Kanzler. Hier spielt sich möglicherweise das nach der Bundestagswahl zutage getretene Dilemma sozialdemokratischer Politik exemplarisch ab: Kompromisse, die auf Partei-sagen gefunden werden, sind gar nicht mehr Zielwerte sozialdemokratischer Regierungspolitik. Die Regierung setzt unabhängig von Beschlüssen ihre eigene Politik nach dem Motto: "Mit dem Beschluß kann man leben" ohne Zielkorrektur der eigenen Politik einfach fort. Sind die Zeiten dann günstiger (Ölpreisanstieg, vergebliches Abflauen der Bürgerinitiativbewegung), kann man die eigene alte Politik sogar offensiv fortsetzen. Notfalls mit der CDU. Notfalls gegen den Geist eigener Beschlüsse.

Es gibt in der SPD keine Lust am Untergang. Es geht nicht um einen führungsstarken oder -schwachen Kanzler. Bei Brokdorf geht es außer um die Sache auch um die Rolle der SPD im demokratischen Parteienstaat. (-/4.2.1981/ks/hgs)

+ + +



Verirrung menschlichen Denkens  
-----

Die Ablehnung der Neutronenwaffe liegt im nationalen Interesse

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Absichtserklärung des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger, die Neutronenwaffe als Gefechtskopf für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten taktischen Nuklearwaffen einzuführen, löst keine Überraschung aus. Mit Sicherheit löst sie aber in der Bundesrepublik Deutschland eine zusätzliche heftige Diskussion über die Art und Weise des Verteidigungsauftrags der Bundeswehr und ihrer Integration in den NATO-Verbund aus. Man kann schon jetzt vorhersagen, daß es gegen die Neutronenwaffe berechnete politische Widerstände geben wird. Die Amerikaner und die deutschen Befürworter der Neutronenwaffe werden bei dieser Frage alsbald vor der Entscheidung stehen, ob sie eine solche Waffe auch um den Preis einführen wollen, daß die innere Zustimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung zum gegebenen Verteidigungsauftrag immer mehr nachzulassen droht.

Deshalb ist zu der amerikanischen Absicht festzustellen, daß alle Argumente gegen die Neutronenwaffe unverändert gültig bleiben:

- 1/ Es bleibt eine unglaubliche Verirrung menschlichen Denkens, eine Waffe zu entwickeln und einzuführen, die menschliches Leben zerstört, aber die Materie schont. Dahinter steckt der grauenvolle Denkansatz, daß die Technik so perfekt gemacht werden könne, daß der Mensch ohne sich selber auskommt.
- 2/ Die Neutronenwaffe fördert die Illusion, ein beschränkter Nuklearkrieg sei durchführbar. Sie erhöht das Risiko eines Nuklearkrieges. Sie steigert damit drastisch die Gefahr, daß ein massiver nuklearer Gegenschlag und wahrscheinlich sogar Erstschlag gegen uns provoziert wird.
- 3/ Sie erhöht die Gefahr, daß eine amerikanisch-sowjetische Nuklearauseinandersetzung auf deutschem Boden ausgetragen wird.

Aus diesen Gründen muß darauf hingewirkt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland bei den angekündigten Konsultationen das amerikanische Ansinnen entschieden zurückweist. Dies gebietet das nationale Interesse. (-/4.2.1981/ks/hgs)

+ + +



Jetzt Fernwärme ausbauen

CDU-Stoltenberg blockiert Milliarden-Investitionen

Von Dr. Uwe Jens MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik  
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Zahl der Arbeitslosen hat mittlerweile eine furchterregende Höhe erreicht; die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft liegt unter 80 Prozent und in Investitionsneigung der Privaten kann aufgrund der exorbitant hohen Zinsen nicht angeregt werden.

In dieser Situation blockieren einige Länder unter Führung des CDU-Ministerpräsidenten Stoltenberg aus Schleswig-Holstein den dringend notwendigen weiteren Ausbau der Fernwärme. Mit dem vorgeschobenen Argument, daß neue Tatbestände der Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern geschaffen werden, haben sich diese Länder bisher nicht bereiterklärt - im Gegensatz zum Bund - etwa 800 Millionen DM pro Jahr für die Förderung von Kohle-Heizkraftwerken; der Kraft-Wärme-Koppelung und der Fernwärme zur Verfügung zu stellen. Ohne diese Länder ist dieser öffentliche Investitionsstoß bei den Versorgungsunternehmen in den Gemeinden jedoch nicht zu realisieren. Das läßt wieder einmal unser Grundgesetz nicht zu.

Dabei war dieser Teil des ZIP-Programms bisher ein großer Erfolg, der jetzt nicht fortgeführt werden kann. Mit den Investitionen in den genannten Bereichen würden ansonsten vergeudete Energie genutzt, ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz geleistet und kurzfristige Investitionen in fünffacher Höhe angeregt. Diese Investitionen schafften Nachfrage im Tiefbau, beim Stahl- und Maschinenbau, alles Wirtschaftszweige, die heute dringend Nachfrageimpulse benötigen; ganz zu schweigen von der Ersparnis an Ölimporten, die dazu beiträgt, unser Leistungsbilanzdefizit zu verbessern. Allein von 1977 bis 1980 sind die Investitionen der Fernwärme von 350 Millionen auf 800 Millionen DM pro Jahr gestiegen. Jetzt ist laut ifo-Institut diese Tendenz wieder sinkend, weil Stoltenberg starrsinnig und gegen jede Vernunft sein "Stopp" gesprochen hat.



Dabei haben neuere Berechnungen ergeben, daß sonst nirgend so preiswert das zu importierende Öl eingespart werden kann, als durch die Nutzung der Fernwärme. Um durch Solaranlagen und Wärmedämmung einen Liter Öl einzusparen, müssen heute etwa 40 DM investiert werden. Bei der gleichen Menge Öleinsparung durch Wärmepumpen rechnen Experten mit etwa neun DM und bei Fernwärme nur mit sieben DM Investitionsaufwendungen. Es kommt noch hinzu, daß für kleinere Heizkraftwerke von 50 bis 150 MW mit Kraft-Wärme-Koppelung und Fernwärmeanschluß so gut wie keine Investitionshemmnisse zu überwinden sind, die als Investitionsbremser zum Teil maßlos aufgebauscht werden. Der Widerstand der Bürger ist bei den zurzeit von den EVU's noch immer propagierten Großkraftwerken von 700 bis 1.400 MW auf alle Fälle unvergleichlich viel größer.

Widerstand gegen dieses vernünftige Konzept kleiner Heizkraftwerke gibt es jedoch nicht nur von der antierenden Landesregierung in Schleswig-Holstein, auch die Gaswirtschaft fürchtet diese Konkurrenz und damit um ihre Gewinne. In vielen Gemeinden ist es erforderlich, neue Energieversorgungskonzepte aufzustellen und sie auch gegen Widerstand zu verwirklichen. Die Städte Flensburg und Dinslaken können auf diesem Felde als Vorbild dienen. In den EVU's zeigen sich erste Ansätze für einen Umdenkungsprozeß mit dem Ziel: Weg von den Mammutblöcken, die nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht den Strom allein noch billiger produzieren.

Aber gerade um das volkswirtschaftlich Notwendige mit dem betriebswirtschaftlich Errechneten zu verbinden, bedarf es dringend der staatlichen Hilfen von Bund und Ländern zum Ausbau der Fernwärme. Keine Ausgabe der öffentlichen Hand ist heutzutage sinnvoller investiert, als in diesem Bereich. Eine längere Blockade dieser Milliardeninvestitionen durch den CDU-Ministerpräsidenten Stoltenberg ist ein unverantwortliches Spiel.

(-/4.2.1981/hi/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Berlin macht einen neuen Anfang

Ein differenziertes Konzept zur Überwindung der Wohnungsmißstände

(Die gestrigen Beschlüsse des Berliner Senats)

1. In der Sanierungs- und Modernisierungspolitik sind in den letzten Jahren in allen Metropolen und auch in Berlin Fehler gemacht worden. Die Erneuerung der Baumasse hatte in vielen Fällen einen höheren Stellenwert als die Erhaltung des sozialen Geflechts der betroffenen Menschen. Dies hat in Berlin, insbesondere in einzelnen Gebieten der Innenstadtbezirke zu ersten Mißständen geführt. Zu diesen Mißständen gehört auch, daß teils aus administrativen Gründen, teils aus Gründen der Bodenverwertung eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Häusern auf längere Zeit leersteht, während andererseits ein fühlbarer Mangel an billigem Wohnraum besteht.

2. Der Senat arbeitet an einem differenzierten Konzept zur Überwindung dieser Mißstände. Eine Kommission der Senatoren Anke Brunn, Peter Ulrich, Gerhard Meyer und Frank Dahrendorf unter Vorsitz von Herrn. Bürgermeister Brunner hat erste Schritte zur Realisierung eines solchen Konzepts verabschiedet. Zu diesen Schritten gehören:

- Maßnahmen zur Verringerung der Leerstände
- Maßnahmen zur Ermöglichung sinnvoller Zwischennutzung
- Angebote zur Mitwirkung der Mieter an der Modernisierung
- Eröffnung von Möglichkeiten zur Eigenhilfe und zur Eigengestaltung und
- Ermöglichung der friedlichen Erprobung alternativer Lebens- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Das Konzept wird darüber hinaus

- eine verstärkte Erhaltungssanierung und
- soziale Absicherungen

anstreben, die die Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung des sozialen Geflechts in den fraglichen Wohnumraumbereichen zum Ziel haben.

3. Der Senat hat Gespräche mit Beteiligten aufgenommen. Er spricht auch mit denjenigen, denen es bei ihren Aktivitäten darum gegangen ist, auf Mißstände und Versäumnisse auch in außergewöhnlicher Weise, so durch die friedliche Belegung leerer Wohnungen aufmerksam zu machen und deren Ziel nicht Zerstörung und Gewalt, sondern die Überwindung der Mängel und Mißstände ist. Er wird diese Gespräche fortsetzen und dabei Lösungen anstreben, die eine Überleitung der gegenwärtigen Gegebenheiten in rechtlich geordnete Verhältnisse ermöglichen.

4. Der Senat warnt eindringlich vor weiterer Gewaltanwendung. Er fordert alle Beteiligten auf, zwischen friedlichem gesellschaftlichem Engagement und Gewalttaten deutlich zu unterscheiden. Körperverletzungen und schwere Sachbeschädigungen sowie die Bedrohung Unbeteiligter sind Straftaten und zur Überwindung der Probleme völlig ungeeignete Mittel. Sie erschüttern den Rechts- und Gemeinschaftsfrieden und sind nach Recht und Gesetz zu verfolgen.

5. Der Senat dankt den Strafverfolgungsbehörden und der Berliner Polizei für ihre besonnene und kluge Haltung. Der Senat erkennt ausdrücklich an, daß die Polizei bei ihrem Vorgehen im Rahmen der Rechtsordnung den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahrt. Gerade dadurch sind Eskalationen vermieden worden, die in anderen Metropolen rasch zu einer völligen Verhärtung und zu sich ständig wiederholenden Konfrontationen zwischen den staatlichen Organen und einer wachsenden Zahl vor allem junger Menschen geführt haben. Bei der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages und beim Vollzug richterlicher Entscheidungen haben die Strafverfolgungsbehörden und die Polizei die volle Unterstützung des Senats.

(-/4.2.1981/hi/hgs)

